



Nummer: 142/2019
den 8. Nov. 2019

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

Öffentlich
 Nichtöffentlich
 Nichtöffentlich bis zum
Abschluss der Vorberatung

KT
 VFA 5. Dez. 2019
 ATU
 ATU/BA
 SOA
 KSA
 JHA

Betreff: Haushaltsdebatte 2020
- Anträge der Fraktionen

Anlagen: -

Verfahrensgang: Einbringung zur späteren Beratung
 Vorberatung für den Kreistag
 Abschließender Beschluss im Ausschuss

BESCHLUSSANTRAG:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss entscheidet über die von den Fraktionen eingebrachten Anträge.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Die Auswirkungen der Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2020 werden von der Verwaltung in der Sitzung bzw. in der Vorlage 142a/2019 erläutert.

Sachdarstellung:

Anlässlich der Haushaltsdebatte zum Kreishaushalt 2020 am 07. November 2019 wurden folgende Anträge gestellt, die vom Verwaltungs- und Finanzausschuss in der Sitzung am 5. Dezember 2019 beraten und vom Kreistag am 12. Dezember 2019 nur dann nochmals aufgegriffen werden, wenn die Fraktionen mit dem Ergebnis der Ausschussberatung nicht einverstanden sind.

1. Anträge der Fraktion Freie Wähler

1.1 Finanzverhältnis zum Land

Wir beantragen rechtsgutachtlich prüfen zu lassen, inwieweit einklagbare Ansprüche gegenüber dem Land bei den Flüchtlingskosten und bei der Schulsozialarbeit bestehen.

1.2 Digitalisierungsstrategie

Wir beantragen, dass im VFA dargestellt wird, wie man mit dem Thema Digitalisierungsstrategie umgehen möchte und wie dabei die neu geforderten Stellen zum Einsatz kommen sollen.

Gibt es zur in-House Lösung auch externe Alternativen?

1.3 Neues Haushaltsrecht

Wir beantragen, das stufenweise System des Haushaltsausgleichs im NKHR in einer VFA-Sitzung darzustellen.

Insbesondere sollte deutlich gemacht werden, wofür eine Ergebnisrücklage nach der GemHVO da ist, und welchen Sinn sie hat.

1.4 Kreisumlage

Wir beantragen, den Kreisumlagehebesatz auf 31 Punkte festzusetzen.

Refinanzierung über die erhöhten Kopfpauschalen (4,7 Mio. €)

Wir schlagen vor, dass die Verwaltung eigene Vorschläge zur Einsparung unterbreitet, und zwar da, wo es am wenigsten weh tut.

Wenn dies nicht möglich ist, beantragen wir globale Minderausgaben bei den Personal- und Sachkosten.

1.5 Ruine Reußenstein

Wir beantragen, den Haushaltsansatz bei der Ruine Reußenstein auf 100.000 € zu reduzieren. Diese Maßnahme ist jetzt mehrfach über die Kreisumlage finanziert worden – die Mittel wurden jeweils nicht übertragen sondern im jeweiligen Folgejahr neu veranschlagt.

Im VFA wurde deutlich, dass hier mit weiteren Verzögerungen zu rechnen ist. Deshalb sollte dann darüber entschieden werden, wenn klar ist, was kommt und wann es kommt.

2. Anträge der Fraktion GRÜNE

2.1 Diskriminierung erkennen und entgegenreten

Wir beantragen einen Bericht über die Antidiskriminierungsarbeit im Landkreis Esslingen. Hierzu soll die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle Esslingen eingeladen werden.

Fast jeder dritte Mensch in Deutschland hat in den letzten zwei Jahren Erfahrungen mit Diskriminierung gemacht. Diskriminierung beeinträchtigt das Leben der betroffenen Menschen nachhaltig, besonders dann, wenn sie mit der Erfahrung alleingelassen werden. Gerade heute, wo Antisemitismus wieder an der Tagesordnung ist, muss diesen Tendenzen entgegengewirkt werden. Nur eine als gerecht und fair empfundene Gesellschaft kann mit der Akzeptanz ihrer Bürgerinnen und Bürger rechnen. Ausgrenzungserfahrungen, Benachteiligungen und Ungleichbehandlungen schaden hingegen dem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Antidiskriminierungsstelle Esslingen (ADES) begleitet und unterstützt Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, sensibilisiert und arbeitet aktiv für eine Gesellschaft ohne Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus. Die ADES hat einen Antrag auf Förderung beim Landkreis und mehrere Kommunen gestellt. Um mehr über die Arbeit und die Bedeutung einer Antidiskriminierungsarbeit im Landkreis zu erfahren, sollte die Leiterin der ADES in einer Sitzung des Sozialausschusses ihre Arbeit vorstellen.

2.2 Zukunftsweisende Mobilität für das neue Landratsamt

Wir beantragen für den Neubau des Landratsamtes am Standort Esslingen die Parkplatzzahl auf die gesetzlich vorgeschriebene Zahl zu reduzieren. Zum Ausgleich werden Maßnahmen zur verbesserten Nutzung des ÖPNV und anderer umweltfreundlicheren Fortbewegungsmittel für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes umgesetzt. Dabei ist insbesondere für eine verbesserte Anbindung des Landratsamtes an den ÖPNV zu sorgen.

Der Landkreis bemüht sich seit geraumer Zeit, das Mobilitätsverhalten seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hin zur Nutzung des ÖPNV zu ändern, z.B. durch ein hoch subventioniertes Jobticket. Im Klimaschutzkonzept des Landkreises ist die Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes für die Mitarbeiter vorgesehen.

Angesichts des sich verändernden Mobilitätsverhaltens ist es nicht mehr zeitgemäß, beim Neubau des Landratsamtes in Esslingen für viel Geld und auf die Dauer von 50 Jahren eine hohe Zahl von Parkplätzen vorzuhalten. Mit einer Reduktion der Stellplatzzahl auf das gesetzliche Maß kann eine Lenkungs-funktion erzielt werden. Die eingesparten finanziellen Mittel können und müssen gezielt für eine verbesserte Anbindung des Landratsamtes an den ÖPNV eingesetzt werden, z. B. durch eine schnelle Busverbindung mit guter Frequenz vom Bahnhof zum Landratsamt, eine direkte Bushaltestelle am Landratsamt oder der Einrichtung und Förderung von Fahrradleihstationen am Landratsamt und am Bahnhof.

2.3 Konzeptumsetzungen strukturiert begleiten

Wir beantragen, bestehende und zukünftige Planungen und Konzepte – wo noch nicht geschehen - mit einem Umsetzungs(zeit)plan zu versehen. In einem festgelegten, sinnvollen Rhythmus wird in den zuständigen Ausschüssen über den Stand der Umsetzung berichtet und über ggf. notwendige Anpassungen inhaltlicher, zeitlicher und finanzieller Art beraten.

Der Landkreis Esslingen hat zahlreiche Konzepte und Umsetzungspläne erarbeitet. Regelmäßig kommen neue Konzepte hinzu. Der Kreistag kann die Umsetzung dieser Pläne nur begleiten und steuern, wenn er regelmäßig und strukturiert über den Stand der Umsetzung berichtet bekommt. Bei einigen Vorhaben wird dies bereits praktiziert, bei anderen bisher weniger.

3. Antrag CDU-Fraktion

3.1 Untersuchung zur Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der Stadt Aichtal und des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckartenzlingen

Es wird beantragt, dass der Landkreis Esslingen sich zur Hälfte an den Kosten in Höhe von 15.113 € (brutto) an der von der VWI Verkehrswirtschaftliches Institut Stuttgart GmbH anzufertigenden Untersuchung (Stufe 1) im Hinblick auf eine bessere ÖPNV-Anbindung der Stadt Aichtal und des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckartenzlingen beteiligt; die andere Hälfte der Kosten wird von den beteiligten Kommunen aufgebracht.

Begründung

Die B 27 ist einer der stärksten belasteten Bundesstraßen in Deutschland; Stau und zählfließender Verkehr gehören in den Morgenstunden ab dem Kreuzungspunkt der B 312 in die B 27 in Richtung Stuttgart zum Alltag. Ob eine nachhaltige Verbesserung der Verkehrssituation durch den geplanten dreispurigen Ausbau eintreten wird, ist aufgrund der mit anderen Straßenbauprojekten gemachten Erfahrungen - bessere Straßen erzeugen ein höheres Verkehrsaufkommen – fraglich, und auch das Projekt Stuttgart 21 bringt für diesen Raum keine signifikante Verkehrsverbesserung. Die Verkehrsprobleme sind für diese Raumschaft nach wie vor nicht gelöst.

Dem Angebot der VWI Verkehrswirtschaftliches Institut Stuttgart GmbH kann entnommen werden, dass es durchaus Sinn macht die Verbesserung des ÖPNV-Angebotes im westlichen Bereich des Landkreises Esslingen zu untersuchen. In Form eines zweistufigen Verfahrens würde es die VWI GmbH angehen und dabei folgende Varianten einer verbesserten Anbindung zwischen dem Ortsteilen Aich und Bernhausen ins Auge fassen

- Anbindung an die S-Bahn
- Anbindung an die Stadtbahn
- Verbesserte Busanbindung
- Anbindung per Seilbahn
- Radschnellweg

Neben einem Kostennahmen für die zu erstellende Infrastruktur wird auch eine Grobtrassierung inklusive Positionierung der Haltestellen erfolgen.

Auf eine ähnlich gelagerte Kostenbeteiligung des Landkreises Esslingen im Hinblick auf eine Untersuchung der Revitalisierung der Bahnstrecke Boll/Weilheim wird hingewiesen.

4. Antrag der SPD-Fraktion

4.1 Einführung eines 365 Euro Ticket

Die SPD-Fraktion beauftragt die Landkreisverwaltung, Gespräche mit den anderen Landkreisen im Verband Region Stuttgart, sowie der Landeshauptstadt Stuttgart zu führen, wie in den kommenden Jahren schrittweise ein 365 Euro-Ticket für alle im VVS eingeführt werden kann.

Die Fraktion beantragt weiterhin, dass sich der Landkreis dafür einsetzt, dass sich der Verband Region Stuttgart als eine von 10 Modellregionen für ein 365 Euro Ticket im Rahmen des Klimaschutzpakets der Bundesregierung bewirbt.

Begründung:

In Zeiten der Diskussionen über den Klimawandel und über weitere Fahrverbote kann die VVS-Tarifreform nur ein erster Schritt auf dem Weg in Richtung hin zu einer weiteren Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs in unserer Region sein.

Eine Finanzierung kann zumindest in Teilen auch aus Mitteln des Klimaschutzpakets der Bundesregierung erfolgen.

4.2 Höhe der Kreisumlage

Die SPD-Fraktion beantragt den Hebesatz der Kreisumlage für den Haushalt 2020 auf 31 % fest zu setzen.

Begründung:

1. Durch die sich aus dem Haushaltserlass ergebenden Verbesserungen, die noch nicht im Entwurf berücksichtigt werden konnten, ergeben sich Einsparungen bzw. Mehreinnahmen von 4,7 Mio. Euro. Im Jahr 2019 wurde bei der Einbringung argumentiert, dass sich die Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden im Landkreis um 35,6 Mio. erhöht und daher ein Hebesatz von 30,7 % beibehalten werden kann. Im Jahr 2020 erhöht sich die Steuerkraftsumme um sogar 58 Mio. Euro und dennoch wird eine Erhöhung der Kreisumlage um 1,3 % vorgesehen. Allein die o.g. Verbesserungen machen mehr als 0,5 % aus.

Bei den Personalausgaben wurde wie in jedem Jahr davon ausgegangen, dass alle Stellen, auch alle neu geschaffenen Stellen, die zum 01.01.2020 noch gar nicht besetzt sein können das komplette Jahr besetzt sind. Zumindest lässt dies die Personalkostenhochrechnung vermuten. Trotz großem Fachkräftemangel, den die Verwaltung selbst immer wieder beklagt und damit einhergehender Schwierigkeiten alle Stellen immer zeitnah wieder zu besetzen, bleibt man bei dieser unrealistischen Planung. Weiterhin werden noch zusätzliche Mittel für kurzfristig notwendige befristete Beschäftigungen vorgesehen. Gemäß dem Finanzzwischenbericht zum 31.07.2019 geht die Verwaltung 2019 von einer Personalkosteneinsparung von rund 2,7 Mio. Euro aus.

Dies zeigt, dass nicht erst in diesem Jahr die o.g. Annahmen nichtzutreffend sind.

Deshalb kann ohne Übertreibung auch für das Jahr 2020 von einer Einsparung von 2 Mio. Euro ausgegangen werden.

2. Der VVS hat in seiner Pressemitteilung vom 21.08.2019 von Mindereinnahmen im ersten Halbjahr 2019 durch die Tarifreform von 10 Mio. Euro gesprochen, die durch die Verbundpartner ausgeglichen werden müssen. Geht man von einer gleichförmigen Entwicklung im zweiten Halbjahr aus, bei gleichzeitigem weiter ansteigendem Fahrgastaufkommen kann von max. 20 Mio. Euro Ausgleichsbetrag ausgegangen werden. Gerechnet wurde für 2019 mit 31,6 Mio. Umgerechnet auf den Landkreis Esslingen bedeutet dies 2,3 Mio. zu erstattender Ausfall, statt geplanter 3,7, also eine Verbesserung um 1,4 Mio. Euro.

Es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung 2020 fortsetzt und nicht die dann eingeplanten max. 5 Mio. Euro an Ausgleichszahlung anfallen. Mindestens dieselben 1,4 Mio. Euro weniger sollten dann anfallen. In der Summe entsprechen diese Einsparvorschläge etwas mehr als einem Kreisumlagepunkt im Vergleich zum Verwaltungsvorschlag im Entwurf. Diese Vorschläge führen zu keinen Leistungseinschränkungen und ersparen den kreisangehörigen Kommunen 8 Mio. Euro, die auch sie bei zurückgehender Konjunktur dringend brauchen können.

Im Sinne einer Haushaltswahrheit und -klarheit halten wir diese Anpassungen für gerechtfertigt.

4.3 Fairtrade Landkreis

Die SPD-Fraktion beantragt die Landkreisverwaltung zu beauftragen, sich als Fairtrade Landkreis zertifizieren zu lassen. Entsprechende Haushaltsmittel sind für die Konzeption und Umsetzung einzustellen.

Begründung:

Als konkretes Zeichen für mehr Gerechtigkeit und Fairness in unserer globalisierten Welt wollen wir anderen Landkreisen (Tuttlingen, Enzkreis, Heidenheim, Würzburg, München, Bayreuth) sowie unseren Städten und Gemeinden Filderstadt, Kirchheim unter Teck, Köngen, Ostfildern, Plochingen und Wernau nachziehen und den Einstieg in die Zertifizierung als Fairtrade Landkreis beantragen. Der Landkreis Esslingen geht damit als Vorbild voran und bringt damit zum Ausdruck, dass eine Veränderung möglich ist und jede und jeder etwas bewirken kann.

Das Siegel „Fairtrade“ steht für ökologische, ökonomische und soziale Mindeststandards und ermöglicht so weltweit mehr als einer Millionen Plantagearbeitern und Kleinbauern in Entwicklungsländern fairere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Durch das Verbot der Anwendung bestimmter Substanzen und eine biologische Anbauweise ist das Fairtrade-Siegel für uns nicht nur unter sozialen, sondern auch unter ökologischen Aspekten unterstützenswert.

4.4 Förderung der Prävention gegen Rechtsextremismus und zur Demokratieförderung (gemeinsamer Antrag mit der Fraktion DIE LINKE) (vergleiche Ziffer 6.5)

Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept, wie die politische Bildungsarbeit zur Prävention gegen Rechtsextremismus und zur Förderung der Demokratie im Landkreis Esslingen gestärkt werden kann. Bei der Erstellung der Konzeption sind die Akteure (u.a. LIGA, Kreisjugendring, Städte und Gemeinden, Schulen, sonstige Träger) zu beteiligen. Zudem ist die Einrichtung einer Fach- und Koordinierungsstelle nach dem Beispiel des Rems-Murr-Kreises (Fachstelle Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention, "DeRex") bei einem Freien Träger oder der Verwaltung zu prüfen. Im Rahmen der Konzeptionserstellung soll geprüft werden, ob es zudem erforderlich ist, weitere demokratiegefährdende Ideologien miteinzubeziehen.

Begründung:

Spätestens seit dem rechtsterroristischen Anschlag in Halle und dem Mord an dem Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) dürfte klar sein, dass der Rechtsextremismus eine erhebliche Gefahr für unser demokratisches System darstellt. Auch die zuvor erfolgten Anschläge der NSU-Terrorzelle zeigten die Präsenz rechtsextremistisch motivierter Taten in Deutschland. Seit 1990 fielen in der Bundesrepublik 198 Menschen rechtsextremer Gewalttaten zum Opfer (<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/todesopfer-rechter-gewalt/>). Auch im Landkreis Esslingen kam es 1992 zum Mord an Sadri Berisha in Ostfildern-Kemnat (<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680567.html>). Vor diesem Hintergrund der sichtbaren Zunahme rassistischer und antisemitischer Ansichten in der deutschen Bevölkerung gilt es mehr denn je, mit politischer Bildungsarbeit antidemokratische Haltungen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und pauschalisierende Abwertungskonstruktionen präventiv entgegenzuwirken. Wir wollen diese politische Bildungsarbeit zur Prävention gegen Rechtsextremismus und zur Demokratieförderung stärken. In einem ersten Schritt sollen hierfür bestehende Aktivitäten in unserem Landkreis sichtbar gemacht werden. Im Rahmen der Konzeption sollen die bestehenden Akteure zunächst einmal besser vernetzt und koordiniert werden. Ziel der Konzeption ist es, die bestehenden Initiativen und Akteure untereinander durch Vernetzung zu stärken, sowie die Angebote für neu hinzukommende Institutionen und zivilgesellschaftliche Akteure und Einzelpersonen besser sichtbar zu machen. Zugleich konzentrieren sich vielfache Ansätze vor allem auf die großen Kreisstädte, weshalb auch die Vernetzung und Ausdehnung von Aktivitäten auf den ländlichen Raum mitzuprüfen und unterstützen ist.

4.5 Bericht zur Personalsituation und Kostensituation in der Flüchtlingsarbeit

Wir bitten um Auskunft über die Entwicklung des sonstigen Personals

- A) Im Leistungsbereich
- B) Im Bereich der Ehrenamtskoordination
- C) Beim Ausländeramt
- D) Im Bereich der Sprachkurseangebote
- E) Bei den Integrationsmanagern

Wie haben sich Ausgaben und Einnahmen – durch Landes- bzw. Bundesmittel – im Landkreis in den letzten vier Jahren in diesem Bereich entwickelt?

Begründung:

Der nachlassende Zuzug von Flüchtlingen im letzten und in diesem Jahr hat dazu geführt, dass der Landkreis seine Unterkünfte für die Erstunterbringung reduziert hat. Damit einher ging der Abbau des Heimleitungs- und Hausmeisterpersonals. Gleichzeitig ist die Anzahl der Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung gestiegen, wofür nun die Kommunen die Verantwortung tragen.

5. Antrag der Fraktion AfD

5.1 Festlegung einer Obergrenze der Unterbringungskosten für Asylbewerber im privaten Bereich

Wir beantragen die Festlegung einer Obergrenze für private Anbieter zur Unterbringung von Asylbewerbern in Höhe von max. 12 Euro pro Tag, ausgehend von einer Wohnfläche von 7 Quadratmeter in Gemeinschaftsunterkünften.

Es ist für uns weder moralisch noch wirtschaftlich tragbar, dass sich Privatpersonen, zu Lasten des Steuerzahlers, an der Not der Flüchtlinge bereichern. Ähnlich wie bei der Mietobergrenze, muss hier dringend eine Lösung gefunden werden.

6. Anträge der Fraktion DIE LINKE

6.1 Tarifierhöhung

Wir beantragen:

Der Kreistag fordert Landrat Eininger auf, im VVS-Aufsichtsrat gegen eine Tarifierhöhung zu stimmen.

Begründung:

Die Tarifreform des VVS mit der damit verbundenen Nichterhöhung der Ticketpreise war ein Erfolg. Vier Millionen Fahrten mehr mit den Bahnen und Bussen in der Region Stuttgart – dieser Zuwachs ist wesentlich durch diese Reform als erstem Schritt geschehen und er zeigt, dass Tarif doch einen wichtigen Einfluss auf das Nutzerverhalten haben. Es wäre fatal würde man diese positive Entwicklung durch Verteuerung der Tickets abschwächen. Es darf keine Tarifierhöhung geben. Es fällt dem Kreistag offensichtlich leicht, 3,5 Millionen Euro für ein Parkhaus für 183 Autos beim Neubau Verwaltungsgebäude in Plochingen auszugeben.

Schwerer wird es dann ca. 1 Millionen Euro für den VVS zu finanzieren, um eine Tarifierhöhung zu vermeiden. Hier werden falsche Prioritäten gesetzt, hier werden die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

6.2 365-Euro-Jahresticket

Wir beantragen:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Schritte zu ergreifen, um im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) zur Vereinfachung des bestehenden Tarifgefüges ein im gesamten VVS gültiges 365-Euro-Jahresticket mit monatlicher Zahlungsmöglichkeit für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende, Senioren und Menschen in staatlichen Hilfesystemen (Beziehung von Hartz-4, Grundsicherung, Wohngeld, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) einzuführen.

Begründung:

Im VVS bestehen gegenwärtig eine Vielzahl von aus sozialen Gründen vergünstigten Ticketarten für einzelne Personengruppen. Dieses komplizierte Tarifgefüge steht einer einfachen Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region entgegen. Mit der Verschmelzung mehrerer Ticketarten wollen wir den Tarifdschungel im VVS lichten.

So gibt es momentan für Schüler*innen verschiedene Zeitticket- und Zuschussoptionen (School-Abo 1,41 Euro/Tag, in Stuttgart 1,31 Euro/Tag), darüber hinaus ein separates Ticket für Auszubildende und nicht zum School-Abo berechnete Schüler (bisher 59,90 Euro/Monat bzw. 2 Euro/Tag), ein Studierenden-Ticket (bisher 1,38 Euro/Tag), das Senioren-Monatticket (bisher 1,83 EUR/Tag), sowie vereinzelt vergünstigte Tickets für Menschen im Hilfesystem (z.B. Stuttgart mit 28,16 Euro/Monat bzw. 0,94 Euro/Tag).

Besonders im letzteren Fall besteht dringender Handlungsbedarf, da die ca. 11% armen Einwohner* im VVS-Gebiet in ihrer Mobilität aus finanziellen Gründen erheblich eingeschränkt sind. Ein VVS-weites einheitliches vergünstigtes Jahresticket würde eine erhebliche Ungerechtigkeit des VVS-Tarifsystems aufheben und eine Lücke im Tarifangebot schließen. Mit einem Euro pro Tag und monatlicher Zahlungsoption bewegt sich das 365-Euro-Ticket beispielsweise auch im Rahmen des Hartz-4 Regelsatzes für Mobilität. Dazu kommt, dass sich aufgrund der VVS-Tarifzonenreform die Einführung eines Sozialtickets durch einen einzelnen Landkreis aufgrund der Vereinheitlichung auf Ringe automatisch auf den Fahrbereich aller Kreise außer Göppingen und Stuttgart erstrecken würde. Einzig sinnvoll ist daher nur die Finanzierung durch den gesamten VVS.

Zentrales Ziel ist jedoch die lang überfällige Vereinheitlichung des Tarifsystems und die Schaffung eines für Fahrgäste attraktiven und transparenten Tarifgefüges. Innovative Ticketlösungen zur Förderung und Vereinfachung der ÖPNV-Nutzung sind angesichts der Klimakrise dringend notwendige Bausteine einer nachhaltigen Entwicklung, und werden in diversen Verkehrsverbänden bereits umgesetzt.

Auch profitieren VVS und die Nahverkehrsunternehmen im Landkreis und der Region mittel- und langfristig von einem attraktiven 365-Euro-Ticket, da davon auszugehen ist, dass einmal für den ÖPNV gewonnene Kunden öffentliche Verkehrsmittel auch dann in erheblicher Zahl weiter nutzen, wenn sie nach Abschluss ihrer Ausbildungsphase oder nach einer Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse nicht mehr zum Bezug eines vergünstigten Tickets berechtigt sind. Die positive Auswirkung günstigerer Tickets auf die Fahrgastzahlen zeigt sich ja bereits gegenwärtig als Folge der VVS-Tarifreform.

6.3 Schusterbahn

Wir beantragen:

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Verband Region Stuttgart dafür einzutreten, dass der Ausbau einer durchgehenden RB/RE zwischen Plochingen und Bietigheim zeitnah erfolgt.

Begründung:

In zahlreichen Untersuchungen seit 2002 wurde die grundsätzliche verkehrliche Wirkung der „Schusterbahn“ positiv bewertet. Eine durchgehende Verbindung führt zu Fahrzeiterparnissen zwischen Kornwestheim und Untertürkheim im Vergleich zu der S-Bahn-Verbindung via Hauptbahnhof von ca. 18 Minuten pro Fahrt. Die Reisegeschwindigkeit wäre auch erheblich höher als die vergleichbare Strecke mit dem PKW. Dies wäre im Interesse der Kreisbewohner und der Aus- und Einpendler in den Landkreis, entfällt bei der Fahrt mit dieser Tangentialbahn doch die störanfällige Fahrt über den Hauptbahnhof.

6.4 Personal

Wir beantragen einen Bericht über die Personalentwicklung in der Verwaltung

Begründung:

In den letzten Jahren haben wir erfahren, dass viele der Aufgaben, die für die Planung, die Kontrolle und die Abnahme von anstehenden Neubauten des Kreises fremd vergeben werden mussten, weil die notwendigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen. In manchen Ämtern bleiben Akten monatelang liegen, weil die Zuständigen nicht dazu kommen, sie zu bearbeiten. Wir hören auch von Stress, Überforderung, Erschöpfung und Ausgebranntsein. In vielen Bereichen sind schon Maßnahmen ergriffen oder vorgeschlagen worden, um die Probleme zu beheben und Arbeitssituationen zu verbessern. Dennoch scheint es sinnvoll einen Überblick zu gewinnen, um dort wo es möglich ist, rechtzeitig einzugreifen, Überforderungen zu reduzieren und Verbesserungen zu ermöglichen.

6.5 Antrag: Förderung der Prävention gegen Rechtsextremismus und zur Demokratieförderung (gemeinsamer Antrag mit der SPD-Fraktion) (vergleiche Ziffer 4.4)

7. Anträge Die REPUBLIKANER

7.1 Priorisierung von Investitionen und Kreisumlage

Es zeigt sich als Fehler, dass in guten Zeiten die Kreisumlage gesenkt wurde. Von 2011 bis 2019 wurde der Hebesatz von 39,1% auf 30,7% gesenkt obwohl die heute anstehenden Investitionsprojekte bekannt waren. Die vom Kreistag 2013 beschlossenen Finanzleitlinien dürfen nicht so einfach aufgegeben werden. Danach sollte die jeweilige Tilgung die Neuverschuldung übersteigen.

Für 2020 stehen 8 Mio. geplanter Tilgung eine Kreditermächtigung von 30,7 Mio. € entgegen.

Daraus folgt, dass nicht alle vorgesehenen Investitionen im geplanten Zeitraum getätigt werden können. Notfalls muss die Kreisumlage um mindestens 1% auf 33,0% erhöht werden.

Damit könnten wenigstens 16 Mio. € in die Bausparverträge eingezahlt werden.

7.2 Neubau Landratsamt

Es ist der Öffentlichkeit kaum vermittelbar, dass ein erst 40 Jahre altes Haus abgerissen und an zwei Stellen neu gebaut werden soll.

Eine Umfrage der Esslinger Zeitung hat diese Skepsis bestätigt.

Der Antragsteller fordert nochmals die Einholung einer „zweiten Meinung“ durch ein unabhängiges Planungsbüro.

7.3 Situation der Busunternehmen im Landkreis Esslingen nach der Rexer-Insolvenz

Der Zwang sich im Rahmen eines europaweiten Vergabeverfahrens für den billigsten Anbieter zu entscheiden, hat dem Image des Nahverkehrs in der Stadt Esslingen sehr geschadet.

Die vorläufige Insolvenz der Fa. Rexer zeigt, dass wer billig anbieten muss, in Gefahr kommt, die Kosten nicht mehr in Griff zu bekommen und Insolvenz anmelden muss.

Die Landkreisverwaltung sollte diskret mit den Busunternehmen in den anderen Nahverkehrs-Bündeln klären, ob ihre Finanzierung auskömmlich um ähnliche Malaisen wie bei Rexer zu vermeiden.

Dies gilt umso mehr, als die öffentliche Hand vor größere Investitionen in Bus und Bahn steht.

7.4 Schutz der Einrichtungen des Landkreises vor Cyberangriffen

Mehr Service für die Bürger über Open-Government und die damit zusammenhängende Abhängigkeit von Datenbanken und Internet birgt die Gefahr eines Cyberangriffes.

Die Vernetzung in den Verwaltungen hat zugenommen und durch Home-office, Cloud und E-Mail werden die Systeme für Angriffe von außen anfälliger.

Sensible Bereiche wie Krankenhäuser, Verkehrsregelung, Stromversorgung oder Abwasserbeseitigung von Landkreis und Kommunen müssen geschützt werden.

Welche Strategien gibt es?

Gibt es Hilfen für die Kommunen von Seiten des Landkreises?

7.5 Personaluntergrenzen für Pflege an den Kreiskliniken

Zur Sicherstellung der Pflege an den Kliniken gelten ab 1.1.2019 Personaluntergrenzen, z. B. auf Intensivstationen mit am Tag 2,5 Patienten pro Pflegekraft und 3,5 Patienten in der Nacht.

Ab 2020 soll dieser Schlüssel verschärft werden und auch weitere Stationen einbezogen werden.

Können diese Pflegeschlüssel von den Kreiskliniken eingehalten werden?

Sind dazu Sonderschichten des bestehenden Personals notwendig?

Werden eventuell Intensivbetten bei fehlendem Personal für einige Zeit gesperrt?

Wie ist die Regelung bei Grippewellen?

7.6 Sicherung von Arbeitsplätzen und Meinungsvielfalt bei Tageszeitungen im Landkreis

Eine vielfältige und lebendige Medienlandschaft ist nicht nur für Verleger und Journalisten

aus beruflicher Sicht, sondern auch zur Meinungsbildung der Leser von großem Interesse.

Durch die Übernahme der Esslinger Zeitung durch die Medienholding Süd GmbH zum 1.1.2017, zu der auch Stuttgarter Zeitung und Stuttgarter Nachrichten mit Kreisredaktionen gehören, ist ein Konzentrationschub entstanden.

Lt. Esslinger Zeitung vom 16.10.2019 scheint sich dieser Prozess mit der Bildung von Gemeinschaftsredaktionen und der Schließung von Außenstellen zu verstärken.

Ein Grund ist, dass viele, vor allem jüngere Bürger, nicht mehr mit der täglichen Zeitung leben und andere Informationsquellen bevorzugen.

Zusätzlich wird die Meinungsvielfalt dadurch eingeschränkt, dass z. B. Berichte von einer Lokalzeitung in der anderen wortgleich übernommen werden.

Für den Landkreis als staatliches Organ stellen sich noch folgende Fragen:

Wie kann er die notwendige Information der ganzen Bevölkerung sicherstellen?

Gibt es ein Medienkonzept, das den geänderten Rahmenbedingungen Rechnung trägt?

7.7 Internet bei Kreistagssitzungen

Der Kreistag hatte 2011 beschlossen, dass bestimmte Kreistagssitzungen live über Internet übertragen werden sollen. Der damalige Ladendatenschutzbeauftragte hatte dann datenschutzrechtliche Bedenken erhoben.

Die Umsetzung des Beschlusses wurde deshalb ausgesetzt.

In der Zwischenzeit hat sich einiges verändert. Es gibt einen neuen Beauftragten.

Dieser hat mit einigen Städten wie Konstanz eine datenschutzkonforme Lösung, die sog. Podcast-Lösung entwickelt.

Dabei wird die dortige Gemeinderatssitzung zunächst aufgenommen, das Material geschnitten, den jeweiligen Tagesordnungspunkten zugeordnet und dann ins Netz gestellt.

In der Probephase von Dezember 2013 bis Juni 2014 hatte die Stadt eine Rückmeldung von 2.000 und später 4.000 Klicks. Die Besucherzahl bei normalen Gemeinderatssitzungen lag bei fünf Personen. Und damit höher als in unserem Kreistag.

Der Antragsteller hat sich schon mehrfach um eine Einführung bemüht.

Nun geht der Kreistag in eine neue Arbeitsperiode und auch im Esslinger Gemeinderat gibt es diesbezügliche Bemühungen.

Die Initiative, die nicht für Ausschusssitzungen gelten soll, dient der Stärkung der kommunalen Demokratie.

7.8 Verwaltungsrat Kreissparkasse

Der Kreistag hat am 25.7.2019 sieben Kreisträte neben dem Herrn Landrat als Vorsitzenden in den Verwaltungsrat der Kreissparkasse gewählt. Damit stellen die Vertreter des Kreistags in diesem Gremium die Mehrheit.

Die langjährige Erfahrung zeigt, dass im Gegensatz z.B. zum Aufsichtsrat medius Kliniken keine Informationen an das entsendende Gremium Kreistag zurückkommen.

Der Antragsteller strebt ein Verfahren an, wie dies unter Beachtung von Sparkassengesetz und Kreditwesengesetz ermöglicht wird ohne in die Rechte des Vorstandes einzugreifen.

Bürger und Sparer sehen die Kreissparkasse als „Kasse des Landkreises“ und haben das Recht zu erfahren, ob die KSK Filialen schließt, Minuszinsen direkt oder indirekt über neue Giro-Modelle einführt und wie auch die gewählten Vertreter dazu stehen.

Heinz Eininger
Landrat